

Die Schweiz und die Abrüstung

Autor(en): **E.D.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **70 (1976)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142598>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz und die Abrüstung

In einem an den Bundesrat gerichteten «Offenen Brief» fordert die Redaktion der westschweizerischen Monatsschrift «L'Essor» diesen auf, bei allen Weltstaaten und sämtlichen zuständigen Organisationen Schritte zu unternehmen, um die Anstrengungen für eine Abrüstung verstärkt in Gang zu bringen. (Am 16. Oktober erschien eine Uebersetzung dieses Briefes in der «National-Zeitung».)

Die Verfasser des Briefes, Eric Descoedres und Robert Junot, begründen ihren Vorschlag, indem sie auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung hinweisen, die infolge der Anhäufung atomarer, biologischer und chemischer Waffen unabweislich geworden ist. Schon allein die Menge chemischer Waffen in der Welt würde genügen, jeden Erdbewohner hunderttausendmal zu verseuchen! Weit davon entfernt, Sicherheit zu gewähren, beweist die Verteidigung durch Waffen nur die allgemeine Unsicherheit, ja macht sie in Wirklichkeit nur noch grösser.

Die Menschheit ist im Begriff, die Erde in ein Pulverfaß zu verwandeln. Das Bedenklichste dabei ist, daß die unsinnige Aufstapelung der Zerstörungsmittel die Menschen daran hindert, die ihnen gestellten Hauptprobleme — Uebervölkerung, Umweltverschmutzung, durch soziale Not hervorgerufene Aufstände — in Angriff zu nehmen und zu lösen.

Um die von «Essor» vorgeschlagenen Schritte zu unternehmen, besitzt die Schweiz den Vorteil, ein kleines Land zu sein. Ihre traditionelle Neutralität sowie der Umstand, daß sie nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, spielen zu ihren Gunsten. Jeder Aufruf zur Abrüstung, der von der einen oder andern Machtgruppe, die um die Weltherrschaft kämpfen, erhoben wird, wird sogleich in Verdacht gezogen. Käme ein solcher Appell aus der Schweiz, so wäre er nicht mit diesem Nachteil belastet.

Ohne Zweifel widersetzen sich gewaltige Widerstände politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und ideologischer Art dem Verzicht auf militärische Macht, doch können alle diese Widerstände in dem Augenblick überwunden werden, wo die Völker einsehen, daß sie dem Dilemma nicht entgehen können: Einigung oder Untergang. Diese menschheitliche Einigung übergreift die nationalen Bindungen und überwindet sie so. Ihr werden die Menschen den fast gänzlich verlorengegangenen moralischen und religiösen Sinn neu verdanken. Der Rettung des Leibes geht das Heil der Seele voraus.

Die Verfasser dieses Offenen Briefes erklären sich schließlich überzeugt, daß wir Schweizer zu diesem Heil und zu diesem Ueberleben beitragen können, und daß es unsere Pflicht ist, es zu tun. Es wäre dies

der Beweis unseres Realismus und unserer Hellsicht. Statt Vorwand eines unfruchtbaren Abseitsstehens zu sein, erhalte unsere Neutralität ihren vollen Wert zurück, wenn wir sie entschieden zum Wohl Aller einsetzen.

E. D.

Die Lockheed-Affäre und das Schweizervolk

Als die Lockheed-Affäre diesen Sommer die Regierungen aller Staaten Europas beschäftigte, erklärte der Bundesrat, daß in der Schweiz keine Bestechungen von Beamten nachzuweisen seien. Also stehen sie und das gesamte Schweizervolk mit reiner Weste da. Aber ist die Weste wirklich so rein, wie man es sich weithin so gerne einbildet?

Vielleicht vermögen einige Betrachtungen über die Rolle des Prinzen Bernhard in dieser Affäre, die der holländische Professor Dr A. J. Rasker in Nr. 10/1976 der «Jungen Kirche», einer Zeitschrift für europäische Christen, anstellt, auch uns Schweizer bedenklich zu stimmen. Mir scheint, daß sein Geschick tiefere Schichten der europäischen Gesellschaft anritzt, zu denen auch wir Schweizer gehören. Deshalb sollen wir davon Kenntnis nehmen.

Willi Kobe

Der Eisberg

Man kann das Gefühl nicht loswerden, daß nicht alles zum Vorschein gekommen ist. Der Prinz hat zwar alles zugegeben, was die Untersuchungskommission hat feststellen können, es bleiben aber — besonders weil der Lockheed-Mittelsmann Meuser alle Mitwirkungen verweigert hat — viele Fragen ungeklärt.

Es ist weiter interessant, daß sowohl von militärischer Seite wie seitens des Geschäftslebens mancher ein Bedauern über den Rücktritt des Prinzen ausgesprochen hat, der unzweifelhaft als ein Promotor ihrer Angelegenheiten große Verdienste gehabt und damit auch dem Lande gedient hat. Daß dabei auch Bestechungsgelder eine Rolle gespielt haben, daran trägt man in diesen Kreisen anscheinend nicht so schwer. Man kann ja auch daran erinnern, daß vor Jahren Prinz Bernhard selbst im Auftrag der niederländischen Regierung die Auszahlung eines recht großen «Relationsgeschenkes» an den argentinischen Diktator Peron vermittelt hat. Wie haben wir dann das moralische Recht, ihm vorzuwerfen, daß er als Mittelsmann bei der Vertretung der Interessen seines Landes — und der Rüstungsindustrie — auch selbst an seine privaten Interessen gedacht hat? Wie können wir, als ganzes Volk, ihn dann zu unserem Sündenbock machen? Ist vielleicht die Schwierigkeit, diese Frage aufrichtig zu beantworten, auch ein — verschwiegener — Faktor gewesen bei der relativ toleranten Abhandlung der Angelegenheit im Parlament und in der Presse?